Pressespiegel

Ausgabe: 03.05.2018

Niederrhein DGB

85 Jahre Erstürmung der Gewerkschaftshäuser

2. Mai - Mahnung an die Gewerkschaften

Frankfurt am Main, 02.05.2018
Heute vor 85 Jahren wurden die freien Gewerkschaften der Weimarer Republik zerschlagen. SS und SA stürmten im Auftrag des nur wenige Monate vorher ernannten Reichskanzlers Adolf Hitler die Gewerkschaftshäuser.

„Vorsitzende wie Funktionäre wurden verhaftet und gefoltert. Der zweite Mai ist daher eine Mahnung an alle Gewerkschafter", sagt IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Nicole Simons.

„Als Bundesvorstandsmitglied macht es mich daher besonders stolz für die Junge BAU verantwortlich zu sein, die mit einem hohen Engagement gegen rechte Hetze vorgeht. Gerade in diesen Zeiten, wo gefährliches Gedankengut wieder salonfähig wird, ist es besonders wichtig, dass junge Menschen sich mit der Geschichte befassen und begreifen, was es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet, wenn die Gesellschaft sich spalten lässt."

Erst kürzlich hatte die Junge BAU Niedersachsen aufgerufen gegen den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft" zu demonstrieren und ein
„Gegen-Konzert" in Göttingen organisiert.

„Damit kommt die Junge BAU ihrer historischen Verantwortung nach. Deshalb unterstützt der Bundesvorstand der IG BAU diese Aktivitäten der Jungen BAU ausdrücklich", kommentierte Simons.

Lokalkompass

IG BAU ruft Schlichtung an

Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe

Frankfurt am Main, 02.05.2018
Im Tarifkonflikt im deutschen Bauhauptgewerbe hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) heute die Zentralschlichtungsstelle angerufen. Nach der Schlichtungsvereinbarung muss die Schlichtung nun innerhalb von sieben Tagen starten. Der Schlichter hat mit den Tarifvertragsparteien dafür Montag, 7. Mai 2018 festgelegt. Verhandlungsort ist Berlin. Schlichter ist der frühere Bundesarbeits- und wirtschaftsminister Wolfgang Clement.

Die Tarifverhandlungen zwischen der IG BAU und den beiden Arbeitgeberverbänden der Bauwirtschaft, Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) und Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), waren am 17. April 2018 ohne Ergebnis abgebrochen worden. Die IG BAU hatte daraufhin die Tarifverhandlungen für die rund 800 000 Baubeschäftigten am 23. April 2018 für gescheitert erklärt. Grund war insbesondere die Weigerung der Arbeitgeber, die Beschäftigten angemessen an der sehr guten Wirtschaftslage am Bau teilhaben zu lassen. Die IG BAU fordert unter anderem ein Lohn-Plus von sechs Prozent auf 12 Monate sowie einen Angleichungsschritt der Ost- an die Westlöhne.

Laut Schlichtungsabkommen zwischen den Tarifvertragsparteien ist für diesen Fall die Schlichtung zwingend vereinbart. Es ist die letzte Chance, in Verhandlungen doch noch ein Tarifergebnis zu erzielen. Kommt es hingegen innerhalb von 14 Tagen nach Schlichtungsstart zu keiner Einigung, gilt die Schlichtung als gescheitert.
Informationen zum Schlichtungsverfahren für das Baugewerbe:
Werden die Tarifverhandlungen im Baugewerbe ergebnislos abgebrochen und wird von einer Seite der Tarifparteien das Scheitern erklärt, greift das zwischen der IG BAU und den Arbeitgeberverbänden HDB und ZDB vereinbarte Schlichtungsabkommen. Danach berufen die Tarifparteien einen unparteiischen, aber stimmberechtigten Vorsitzenden (Bundesminister a.D. Wolfgang Clement) der Schlichtungsstelle. Arbeitnehmer und Arbeitgeber entsenden in der Regel jeweils vier Beisitzer.

Mit Anrufung der Schlichtung gelten verschiedene Fristen: Zunächst muss das Gremium innerhalb von sieben Tagen nach Anrufung der Schlichtung zusammentreten. Innerhalb der folgenden 14 Tage muss die Zentralschlichtungsstelle eine Einigung erzielen bzw. mit einfacher Mehrheit einen Schiedsspruch fällen. Für die Annahme oder Ablehnung eines Schiedsspruches stehen den Beteiligten wiederum 14 Tage zur Verfügung. Kommt es nicht rechtzeitig zu einem Schiedsspruch oder wird dieser von einer Seite abgelehnt, ist die Schlichtung gescheitert und die Friedenspflicht endet.

Vor und während der Verhandlungen in der Schlichtung sowie in der anschließenden 14-tägigen Erklärungsfrist gilt die Friedenspflicht. Das heißt, Urabstimmungen, Streiks, Aussperrungen oder sonstige Kampfmaßnahmen sind in dieser Zeit unzulässig.

Lokalkompass

Pressespiegel

Ausgabe: 03.05.2018

Niederrhein DGB

IG BAU fordert von Großer Koalition Lösungen für soziale Probleme

Stuttgart, 30.04.2018
Wohnungsnot, kaputte Straßen und Schulen, Lohndumping, Armutsrenten oder ungleiche Bildungschancen – diese Probleme hat die Politik viel zu lange schleifen lassen. Die Bundesregierung muss diese Probleme ganz oben auf ihre Agenda setzen und überzeugende Lösungen liefern, fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

Anlässlich des Tags der Arbeit sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum in Stuttgart: „Wir haben die Möglichkeit ein starkes Zeichen gegen rechts zu setzen. Das ist auch geboten. Um die AfD und andere Rechtspopulisten hier und in Europa zurück zu drängen, brauchen wir Lösungen. Die Probleme brennen den Menschen auf den Nägeln. Sie sind Folge von Jahrzehnten neoliberaler Politik und der Vernachlässigung des Gemeinwohls. Sie müssen beseitigt werden, damit die rechten Scheinlösungen von den Wählern wieder als solche durchschaut werden. Das haben Einige in der Großen Koalition immer noch nicht ganz begriffen."

Die IG BAU stellt klar, dass der Wohnungsmangel in Groß- und Uni-Städten keine Folge der Flüchtlingspolitik ist. Seit 1983 wurden die Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau ständig verschlechtert. Es folgte ein Ausverkauf öffentlicher Wohnungen an Finanzinvestoren. Der Sozialwohnungsbau kommt nicht voran, weil viele Länder die vom Bund bereitgestellten Mittel zweckentfremden und die Kommunen werden durch die Politik der schwarzen Null unter Druck gesetzt, so dass sie kein Geld mehr für sozialen Wohnungsbau haben.

„Es hat viele Jahre gedauert, bis die Politik sich besonnen hat. Jetzt werden endlich wieder mehr Wohnungen gebaut", stellte Schaum fest. Dennoch setze die Politik falsche Signale, wenn sie die Mittel dafür wie geplant zurückfahre. Die IG BAU fordert eine Verstätigung der Bundesmittel auf dem jetzigen Niveau von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Von den Ländern muss der gleiche Betrag gezahlt werden. Gleichzeitig müssen jährlich 60 000 bezahlbare Wohnungen gebaut werden, damit auch Normalverdiener in Metropolregionen eine Wohnung finden. „Wenn das nicht gelingt, nimmt die soziale Spaltung in den Städten immer weiter zu. Das darf die Politik nicht zulassen", warnte Schaum. Er forderte dafür eine verschärfte Mietpreisbremse ebenso wie günstiges Bauland.

Mit klaren Worten prangerte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende an, dass Regeln immer öfter nur noch auf dem Papier stehen. „Firmen, die Tarifstandards unterlaufen und ihre Beschäftigten auspressen, müssen wieder vom Markt verschwinden! Und schon gar nicht dürfen sie mit ihren billigeren Preisen bei öffentlichen Aufträgen zum Zuge kommen. Wir brauchen tariftreue bei allen öffentlichen Aufträgen", sagte Schaum.

Faire Bedingungen forderte Schaum auch für den Bau. Mitte April waren die Tarifverhandlungen für die mehr als 800 000 Baubeschäftigten der Branche gescheitert. Die Schlichtung startet am 7. Mai in Berlin. Schaum sagte auf der 1. Mai-Kundgebung in Stuttgart: „Obwohl die Bauaufträge durch die Decke gehen, wollen die Arbeitgeber in der diesjährigen Bautarifrunde unsere Kolleginnen und Kollegen nur mit lächerlichen Erhöhungen abspeisen. Wir sagen, es ist nach Jahren der Krisen und Zurückhaltung an der Zeit, dass ihr endlich wieder von der hervorragenden Entwicklung der Branche profitiert. Ihr seid es, die diesen Erfolg erwirtschaftet. Scheitert die Schlichtung, dann gibt es Bambule am Bau! Dann schmeißen die Bauleute die Arbeit hin." Die IG BAU fordert ein Lohn-Plus von sechs Prozent und eine überproportionale Erhöhung der unteren Einkommensgruppen sowie den Einstieg in ein volles, bundesweites 13. Monatseinkommen. Zudem müssen verbindliche Schritte zur Angleichung der Ost- an die Westeinkommen erreicht werden. „Die Arbeitgeber haben sich über fünf Verhandlungstage verweigert. Sie verhandeln wie in Krisenzeiten", sagte Schaum. „Jetzt muss der Schlichter sprechen. Wenn aus der Schlichtung nichts wird, dann wird die IG BAU streiken!"